

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanordnungen sind zu richten an die Geschäftsstelle. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wilsdruffer Tageblatt für die Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 219 — 89. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amisblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Freitag, den 19. Sept. 1930

## Die Tragödie von Eupen-Malmedy

Zur zehnten Wiederkehr des Abstimmungstages. Gedanktag zu begehen ist für das deutsche Volk eine sehr selten ereignisreiche, meist aber sehr traurige Sache. Und das Jahr 1930 ist ein solches des zehnjährigen Gedenkens gleich an drei Volksabstimmungen, bei denen sich im Norden, im Osten und schließlich auch im Westen wichtige Teile des deutschen Volkes darüber entscheiden sollten, ob sie noch beim Reich bleiben wollten oder nicht. In Schleswig, in Ost- bzw. in Westpreußen und in Eupen-Malmedy. Und nur die ostpreussische Abstimmung führte dazu, daß Recht — soweit man dieses Wort überhaupt für die Diktatbestimmungen von Versailles anwenden darf — auch wirklich einmal Recht blieb. Zur Groteske oder vielmehr, vom deutschen Standpunkt aus gesehen, zur Tragödie ist das, was in Eupen-Malmedy als Volksabstimmung veranstaltet wurde, geworden; und trotzdem ist das Ergebnis dieser grotesken „Volksbefragung“ am 20. September 1920, also vor zehn Jahren, durch den Völkerbundrat als ernsthaft angesehen und die Loslösung Eupen-Malmedys vom Deutschen Reich als „Recht“ beschlossen worden. Über die deutschen Proteste in Genf schritt man hinweg.

Es ist ganz gut, an jene „Volksabstimmung“ heute einmal zu erinnern, da in Genf die Frage der Minoritäten durch den deutschen Außenminister Doktor Curtius aus der Verfertigung, in der sie verschwinden sollte, unmißverständlich herausgeholt worden ist. Vor zehn Jahren sollten die Bewohner von Eupen-Malmedy, soweit sie ihrem Wunsch, bei Deutschland zu verbleiben, Ausdruck geben wollten, sich mit ihrem Namen in die ausgesetzten Listen eintragen. Belgisches Militär hielt das Land besetzt; Ausweisung, Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz, Schikanen aller Art drohten nicht nur jedem, der den Mut hatte, für Deutschland zu stimmen, sondern wurden auch sofort auf ihn angewandt. Da war es wirklich keine Freiheit, daß nur 271 Stimmberechtigte ihre Namen für Deutschland eintragen ließen. Und 35 000 Männer und Frauen zu Hause blieben aus Scheu vor dieser „Volksabstimmung“ im „Schutz“ der belgischen Bajonette. Obwohl noch nach dieser Abstimmung über 47 000 Bewohner von Eupen-Malmedy bei der Volkszählung das Deutsche als ihre Muttersprache erklärten, während nur etwa 10 000 sich für französische Sprache bekannten. Da ist es denn z. B. auch weiter nicht auffallend, sondern die deutsche Zugehörigkeit Eupen-Malmedys deutlich genug illustrierend, daß auch heute noch in diesem Gebiet überhaupt nur deutsche Zeitungen erscheinen. Trotzdem ist man in Genf, und zwar ebenso beim Völkerbundrat wie in der Völkerbundversammlung selbst, am 20. September 1920 einfach zur Tagesordnung übergegangen, hinweg über die deutschen Proteste, in denen diese „Volksabstimmung“ gebührend gekennzeichnet war und von denen Belgien nichts abschrecken konnte. Aber — es ging gegen Deutschland und darum versuchte man in Genf schweres Unrecht zu machen. Genau so, wie es mit dem litauischen Überfall auf den Freistaat Memelland, mit der polnischen Eroberung Wilnas geschehen ist.

Wenn sich später die Archive öffnen, dann wird man wohl auch Genaueres über den deutschen Versuch erfahren, durch Verhandlungen mit Belgien in den Besitz des auf diese Weise entrissenen Landes zurückzugelangen. Dann läßt sich feststellen, wie weit diese Verhandlungen schon gediehen waren und — woran sie schließlich gescheitert sind. Unwiderrsporen blieb damals die in aller Welt verbreitete und von aller Welt auch geglaubte Behauptung, daß die französische Regierung der Eupenfried war, an deren Einspruch die nicht aussichtslosen Verhandlungen gescheitert sind. Den Namen des damaligen französischen Ministerpräsidenten, nämlich Poincarés, zu erwähnen, genügt wohl schon, um jenes Gerücht als nicht unwahrheitsgemäß zu bezeichnen.

Das eiserne belgische Dementi über die Tatsache der Verhandlungen hat eben nur den bekannten „Wert“ solcher amtlichen Ablehnungsversuche. Aber leider ist eben alles so geblieben, wie man es vor zehn Jahren in Genf gegen alles Recht dekretierte.

Da ist denn auch im vergangenen Jahre, als nach der Haager Young-Plan-Konferenz Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien über ein „Marktabkommen“ angeknüpft wurden, sofort und ausdrücklich erklärt worden, daß irgendwelche „territorialen“ Fragen hierbei nicht berührt werden sollten und auch nicht von Deutschland selbst angeschnitten werden würden. So gingen denn auch diese Unterhandlungen vorüber, ist das in den Young-Plan hineingearbeitete deutsch-belgische Marktabkommen abgeschlossen worden, ohne daß ein Wort über Eupen-Malmedy gesprochen wurde. Inzwischen war das Gebiet ja auch der Provinz Lüttich einverleibt, es auch kirchlich von Deutschland getrennt worden. Auch hier verfolgte man eifrig das Ziel, die Bewohner Eupen-Malmedys auch innerlich für Belgien zu gewinnen. Aber das war an sich nicht nur schwierig, weil nach wie vor die persönlichen und namentlich die wirtschaftlichen Beziehungen in breitem Strom über die neue Grenze nach Deutschland hinein erhalten blieben, sondern weil die Kämpfe zwischen den Wallonen und Flamen in Belgien der Entschärfungspolitik in Eupen-Malmedy einen großen Teil der Stoßkraft entzogen.

## Die Roggenpreise.

### Stützung des Getreidemarktes

Beweglichere Gestaltung. Das Reichsernährungsministerium teilt mit, daß die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft, die für das Reich die Getreidepreisstützung durchführt, ihre Methoden ändern wird. Die bisherigen Stützungstufen sollen aufgegeben werden. Das Reichsernährungsministerium macht umfangreiche Spekulationen des Handels gegen die Stützungstellen für das Roggenangebot der letzten Wochen verantwortlich. Die angebotenen 700 000 Tonnen seien ein Vielfaches von dem, was sonst in guten Erntejahren von Juli bis Mitte September zum Versand gebracht worden sei. Die bei der Stützungstelle noch vorhandenen Reserven würden zwar die Aufnahme eines noch größeren als des bisher aufgenommenen Quantums erlauben. Da aber die Getreidepolitik des Reiches sich ihr Handeln nicht von Nachschüssen des Handels vorzeichnen lassen könne, so habe sie sich entschlossen, „durch eine beweglichere Gestaltung der Stützung die angebotenen Mengen auf das normale Maß zurückzuführen“.

Es wurde durch die Ankäufe seitens des Staates ein Preis von 187 Mark für Roggen in Berlin erzielt, der sich nun aber anscheinend nicht mehr halten läßt, nachdem schon in den Wochen vorher große Käufe in der Provinz zu niedrigeren Preisen gemacht wurden. Der Landwirtschaft soll angeblich kein Schaden aus den veränderten Stützungsmassnahmen erwachsen.

## Die Roggenpreise.

die derzeitige Lage nichts damit zu tun habe, ob die Verständigung mit Polen geclückt sei oder nicht. Diese Verständigung sei der wichtigste Teil der deutschen Roggenstützungspolitik. Seine Auswirkung aber sei zurzeit natürlich wegen der russischen Exporte unmöglich. Um bei den jetzigen Weltpreisen durch Export eine Erleichterung zu schaffen, seien mindestens 100 Millionen Mark nötig. Würde die Stützungspolitik zusammenbrechen, so würde der Roggenpreis sich dem Weltmarktpreis nähern und wenigstens vorübergehend auf 100 Mark die Tonne zurückgehen. Diese Situation mache die Entschlüsse außerordentlich ernst. In den letzten vierzehn Tagen seien der Stützungsstelle über 400 000 Tonnen aufgehaßt worden. Die Stützungspolitik stehe daher vor der Frage, ob sie beibehalten werden solle oder nicht. Die bisher aufgenommenen Mengen würden ausreichen für ein normales Verkaufsbedürfnis der Landwirtschaft innerhalb von sechs Monaten. Es liege daher die Vermutung nahe, daß große Mengen angeboten seien, die nicht zur Verfügung ständen. Das würde sich sehr bald herausstellen, wenn die Stützungsstelle ihre bisherige Taktik ändere. Es werde sich dann für gewisse Mengen Deckungsbedürfnis ergeben. Die Stützungsstelle werde daher sofort ihre Taktik ändern und nur noch die Mengen aufnehmen, für die normalerweise zu dieser Zeit ein Verkaufsbedürfnis bei der Landwirtschaft bestehe. Die örtliche Notierung werde ab heute einen Abschlag erfahren.

### Berminderte Preise.

Der Reichskommissar für die Roggenstützung, Baade, machte vor einer beschränkten Öffentlichkeit Ausführungen über die derzeitige Lage der Stützungspolitik. Es besteht keine Möglichkeit, durch Bülle dem Roggen eine Stützung zu geben, da die Roggenimporte völlig eingestellt ist. Auch durch Förderung der Ausfuhr den Roggen zu stützen ist unmöglich, weil Ausland zu noch nie dagewesenen Preisen (zurzeit zu 80 Mark die Tonne) ausführt. Um Mißverständnisse aus dem Wege zu räumen, stellte Baade fest, daß

### Vorausichtliche Erhöhung der Vermahlungsquote für Weizen.

Wie von maßgebender Seite verlautet, findet im Reichsernährungsministerium für Ernährung und Landwirtschaft noch in dieser Woche eine Besprechung mit den beteiligten Wirtschaftskreisen über die Festlegung der Vermahlungsquote an inländischem Weizen für den Oktober statt. Bei dem drängenden Angebot an inländischem Weizen wird man in der Annahme nicht scheitern, daß für den Monat Oktober mit einer nicht unwesentlichen Erhöhung der Vermahlungsquote zu rechnen ist.

## Der Kampf um den Minderheitenschutz.

Die Gegner der deutschen Minderheitenanträge. Der Antrag der deutschen Regierung, die Minderheitenfrage im Politischen Ausschuss der Völkerbundversammlung zur Verhandlung zu stellen, löst auf starken Widerstand der Regierungen, die sich bisher jeder Erweiterung des Pflichtenkreises des Völkerbundes in der Minderheitenfrage widersetzt haben.

Die Regierungen von Polen, Griechenland, Rumänien und Südfrankreich und der Tschechoslowakei haben, wie verlautet, vereinbart, bei dem am Freitag beginnenden Minderheitenverhandlungen im Politischen Ausschuss eine geschlossene Front einzunehmen und den Antrag auf Verbesserung der Behandlung der Minderheitenfrage im Völkerbund abzulehnen.

Auf deutscher Seite wird die Auffassung vertreten, daß die Völkerbundversammlung sich pflichtgemäß jedes Jahr mit dem Ausbau der Behandlung der Minderheitenangelegenheiten zu befassen hat. Die Anträge der deutschen Regierung sehen u. a. den Ausbau der bisherigen Beschwerdebehandlung durch den Völkerbund vor, wofür jedoch die von Dr. Stresemann in Madrid berührte grundsätzliche Frage der Schaffung eines ständigen Minderheiten-Ausschusses beim Völkerbund nicht auf.

## Die polnisch-litauischen Konflikte.

Die Stellungnahme des Völkerbundrates. Der Völkerbundrat beschloß, dem Antrage Deutschlands und Polens entsprechend, den Präsidenten der deutsch-polnischen Schiedskommission in Oberschlesien, Salsoner, zu ersuchen, sein Vetterverbot über den Antritt in Erwägung zu ziehen. Der Rat behandelte dann den litauischen Antrag, einen neutralen Ausschuss zur Überwachung des administrativen Gebietes zwischen Polen und Litauen einzusetzen, um weitere Zwischenfälle zu verhüten.

Dem Rat lag die polnische Stellungnahme vor, die den litauischen Vorschlag ablehnt, sich jedoch zu direkten Verhandlungen mit Litauen bereit erklärt. Der Rat beschloß einstimmig, beide Regierungen zu ersuchen, unverzüglich direkte Verhandlungen aufzunehmen, um Ruhe und Ordnung an der polnisch-litauischen Grenze zu schaffen. Der Rat beschloß weiter, zu den Vorschlägen des Transitionsausschusses über die Wiederaufnahme normaler Verkehrsbeziehungen zwischen Polen und Litauen erst auf der Januartagung endgültig Stellung zu nehmen.

Sodann beschloß der Völkerbundrat, daß die neu gewählten Mitglieder des Rates, Norwegen, Finnland und Guatemala an den Arbeiten des Abrüstungsausschusses des Völkerbundes teilnehmen sollen. Die drei ausgeschiedenen Ratmitglieder, Kanada, Finnland und Kuba bleiben auch weiterhin Mitglieder dieses Ausschusses. Schließlich wurde beschlossen, die ursprünglich für den 1. Dezember d. J. einberufene internationale Konferenz zur Festlegung der Herstellung von Rauschgiftmitteln erst zum 27. Mai nächsten Jahres einzuberufen.

## Die Memelbeschwerden im Völkerbundrat.

Zwei Mitglieder des Memelländischen Landtages sind in Genf eingetroffen, um mit der deutschen Abordnung und den maßgebenden Stellen des Völkerbundes wegen der vom Memelländischen Landtag eingereichten großen Beschwerden Fühlung zu nehmen. Man erwartet, daß die memelländischen Beschwerden noch im Laufe der gegenwärtigen Tagung der Völkerbundversammlung vor dem Völkerbundrat zur Sprache kommen werden.

## Finanzielle Hilfe für angegriffene oder bedrohte Staaten.

Das seit einigen Jahren behandelte Abkommen über die finanzielle Beihilfe für angegriffene Staaten steht jetzt in dem Abrüstungsausschuss der Völkerbundversammlung vor den abschließenden Beratungen. Ueber die entscheidenden Punkte ist nunmehr eine Einigung dahingehend erzielt worden, daß die finanzielle Hilfe des Völkerbundes den bedrohten Staaten nicht nur im Falle eines tatsächlichen Angriffes, sondern auch für den Fall der Kriessandrohung gewährt werden kann.

## 12,2 Milliarden Franken für die französische „Sicherheit“.

Der französische Haushaltsplan für 1931 bis 1932 sieht für den Deereshaushalt und die Sicherung der Grenzen insgesamt 12,2 Milliarden Franken vor. Die Ausgaben für die nationale Sicherheit weisen gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 725 Millionen Franken auf. Dazu kommen noch die Kosten der Verstärkung der Grenzbesatzungen.